

V0077/25

Harmonisierung des Ingolstädter Klimaziels mit den deutschen und bayerischen Zielen
-Ergänzungsantrag zu V0775/24 der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 29.01.2025-

Antrag:

Die Stadtratsgruppe FDP/JU stellt folgenden

Änderungsantrag:

Das Ingolstädter Klimaziel (Klimaneutralität) wird an das der Bundesrepublik Deutschland angeglichen, mit Zwischenzielen (Transformationspfad) ausgestattet und mit einem Monitoring hinterlegt.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	05.02.2025	Vorberatung
Stadtrat	26.02.2025	Entscheidung

Stadtrat vom 26.02.2025

*Der Dringlichkeitsantrag der FW-Stadtratsfraktion **V0775/24**, die Stellungnahme der Verwaltung **V0012/25**, die Stellungnahme des Klimabeirats und der Ergänzungsantrag der FDP/JU-Ausschussgemeinschaft **V0077/25** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Dr. Meyer nimmt Bezug auf seinen bereits vorgetragenen Wortbeitrag zum Tagesordnungspunkt 2. Er betont, dass es ihm selbstverständlich nicht um die Aufhebung des Klimaschutzzieles gehe, sondern darum das Ziel effizient und wirksam zu erreichen. Man komme nur ans Ziel, wenn man sich an die europäischen und deutschen Ziele angliedere, eine Abweichung hiervon sei ineffizient. Wenn pro Jahr ca. 11 Mio. Euro für Strom, Wärme und Anmietung der städtischen Gebäude ausgegeben wird, würde jeder Prozentpunkt mehr als 100.000,00 € kosten. Er halte es für falsch, diesen Gesichtspunkt nicht zusammen mit der Konsolidierung zu betrachten. Stadtrat Dr. Meyer verkündet, dass er den Antrag aufrechterhalten wolle und Ingolstadt sein Klimaziel an das deutsche Ziel anpassen solle.

Stadtrat Stachel stellt klar, dass es niemals das Ziel war die Notwendigkeit der Klimamaßnahmen in Frage zu stellen. Das Ziel sei ein Wachrütteln und die Anpassung des Klimaziels. Letztere sei aus ökonomischen Gründen absolut sinnvoll und hinsichtlich der Umsetzung auch notwendig. Die Ausführung der Verwaltung würde versuchen einen Zusammenhang zwischen dem Starkregenereignis 2024 und der Klimaneutralität 2035 der Stadt Ingolstadt herzustellen. Das könne global korrekt sein, jedoch würde hier vor Ort kein direkter Zusammenhang bestehen. Wenn man das Klimaziel 2035 wie bisher verfolgen würde, sehe er die Glaubwürdigkeit des Stadtrates innerhalb großer Teile der Bevölkerung gefährdet. Jedem in Ingolstadt sei klar, dass der Weg bis 2045 ein wahnsinnig steiniger Weg sei und maximale Anstrengung sowie große Umstellung bedarf. Die Umsetzung und Erreichung der Klimaneutralität 2035 sei weder finanziell noch ökonomisch machbar. Man könne zwar die Bereiche Wohnungsbau, Elektromobilität, klimaneutrale Wärmeversorgung fördern, jedoch müssten letztlich die Bürger das Wesentliche umsetzen. Dies geschehe

jedoch nur, wenn sie davon überzeugt sind, dass das, was gefordert wird schaffbar und finanziell machbar sei. Viele Pläne und Überlegungen seien jedoch nicht annähernd so weit, dass man Nennenswertes erreicht habe. Als Beispiel die Photovoltaik anzuführen, halte er für vermessen, da in ganz Deutschland die Zahlen in die Höhe geschossen sind und dies nichts mit Ingolstädter Förderungen zu tun habe. Die hohen Anforderungen, die das Klimaziel 2035 mit sich bringt, wird aus der Studie der Energieagentur Nordbayern klar, die Stadtrat Stachel nachfolgend noch ausführlicher anhand der Beispiele Energieversorgung, Verkehr und Bauwirtschaft beschreibt. Abschließend stellt Stadtrat Stachel klar, dass er den Ergänzungsantrag der FDP/JU ausdrücklich unterstützt und bittet um Zustimmung bezüglich der Anpassung des Klimaziels auf das Jahr 2045.

Stadtrat Wittmann trägt vor, dass man sich nicht auf die Jahreszahl 2023 oder 2035 konzentrieren sollte, sondern der Weg dahin entscheidend sei. Man müsse sich nun Gedanken machen, wie man vorankommt und was man beeinflussen könne. Nicht alles, was notwendig ist könne durch den Stadtrat beeinflusst werden. Man müsse zuerst wissen, was die neue Bundesregierung mit dem Gebäudeenergiegesetz macht und was die Stadtwerke und die INKB plane. Herr Stadtrat Wittmann erinnert, dass Frau Bürgermeisterin Kleine noch im Wort stehe zu der vor zwei Jahren beantragten Sondersitzung des Stadtrates zum Thema Klimaschutz. Er regt an, diese Sondersitzung im Herbst dieses Jahres anzusetzen. Dann wisse man bereits mehr über die genannten offenen Fragestellungen und könne sich mit den Details auseinandersetzen und das Klimaziel 2035 bis dahin erstmal belassen.

Stadtrat Witty erachtet es ebenfalls für dringend geboten im Herbst eine Sondersitzung zum Klimaschutz zu planen. Er meint, dass das Klimaziel 2035 ein politisch strategischer Beschluss war, auch deshalb, da sich auch Unternehmen ein ambitioniertes Klimaziel geben. Entscheidend sei nicht eine Jahreszahl, sondern welche Szenarien Herr Bolle vorlegen wird und zu welchen Maßnahmen diese führen. Die Herausforderung sei die zukünftige Wärmeversorgung der Stadt Ingolstadt, die je nach Szenario und finanziellen Mitteln mit mehr oder weniger Klimaschutz verbunden ist. Stadtrat Witty zweifelt die Diskussion über eine Jahreszahl an und halte es für sinnvoller sich mit den konkreten Maßnahmen auseinanderzusetzen und das Klimaziel auf 2035 zu belassen.

Stadträtin Leininger kritisiert die Aussage von Stadtrat Stachel, dass den Bürgerinnen und Bürgern „etwas vorgegaukelt werde“ und sie bewusst hinters Licht geführt würden. Sie hebt hervor, dass man eine Einigkeit im Stadtrat in Richtung Klimaneutralität möchte und die Ansätze von Stadtrat Stachel hierbei nicht dienen. Insbesondere sei es nicht dienlich sich verbissen auf die Jahreszahl 2025 zu fixieren. Es sei klar, dass Ingolstadt nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten habe und die Ansätze der neuen Bundesregierung abzuwarten sind. Daher solle sich der Stadtrat im Herbst nochmal genauer damit beschäftigen.

Stadtrat Dr. Böhm stellt klar, dass man keinesfalls beim Hitzeschutz einsparen könne, im Gegenteil man brauche hier viel mehr. Das nächste Hitzejahr werde garantiert kommen und treffe u.a. Schwangere, Babys, Allergiker, Alte und Kranke besonders. Er möchte vor dem Gedanken warnen, hier einsparen zu können, sonst zahle man es auf den Gesundheitskosten doppelt drauf.

Für Stadtrat Schäuble gehe es beim Klimaziel 2035 primär darum, CO₂ einzusparen, sowohl in der Kernstadt als auch bei den Tochterunternehmen. Wenn CO₂-Zertifikate eingespart werden, ist das zunächst gut, da diese verkauft werden können und in den Emissionshandel gehen, wo andere Unternehmen diese Zertifikate erwerben, um ihren CO₂-Ausstoß auszugleichen. Wenn man in Ingolstadt nun überproportional einspare und sich nicht an den deutschen Handlungsrahmen 2045 halte, habe dies jedoch keine Auswirkung auf den weltweiten CO₂-Ausstoß, da es lediglich woanders ausgestoßen werde. Man könne daher durchaus CO₂ einsparen, jedoch nur so viel, wie es sich finanziell durch den Zertifikatehandel lohnt. Die Stadtwerke sollten im Rahmen ihres Aufgabenbereichs dieses

Instrument sinnvoll nutzen. Es solle das gemacht werden, das wirtschaftlich sinnvoll ist und zugleich dem Klima helfe. Daher halte er seinen Antrag aufrecht.

Stadtrat Lipp stellt klar, dass der Klimaschutz und der Umweltschutz zwei verschiedene Sachen seien. Klimaschutz ist ein weltweites Phänomen, indem es um die CO₂-Ausstöße geht. Wie in den letzten Wochen bekannt wurde, sind die USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen ausgetreten und haben somit als Volkswirtschaft einen ganz anderen Wettbewerbsvorteil als Deutschland. Bei dem Umweltschutz hingegen geht es um z.B. Mülltrennung, saubere Gewässer und saubere Wälder. Der Freistaat Bayern habe das ursprüngliche Klimaziel 2040 still und heimlich durch die Regierung auf das Jahr 2045 verschoben, genauso wie der Bund. Die Europäische Union habe das Klimaziel 2050. Stadtrat Lipp stellt sich die Frage der Finanzierbarkeit für ein klimaneutrales Ingolstadt bis 2035 in den Raum, da man ohne Geld dieses große Ziel nicht umsetzen kann. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage sollte man sich keine finanziellen Experimente leisten, weshalb er mit dem pragmatischen Antrag der Freien Wähler mitgeht.

Laut Bürgermeisterin Kleine sei das Klimaziel 2035 nicht nur beschlossen worden, weil man davon ausgehe, dass dies sicher umsetzbar ist, sondern weil man sich einig war, dass es notwendig ist und die Stadt zu ihrer Verantwortung stehen müsse. Sie sei als Bürgermeisterin bemüht, realistische Klimaziele zu definieren und Maßnahmen auf jedem Feld voranzubringen. Es sei bereits ein Masterplan mit vielen Einzelplänen, wie dem SUMP und dem ISEK entwickelt worden, um die Stadt in Richtung Klimaneutralität umzubauen. Immer noch fehle es an Unterstützung der übergeordneten Ebenen Bund und Land und vor allem am Geld, um die benötigten Maßnahmen zu finanzieren. Zwar hätte sich die Summe des Klimatransformationsfonds erhöht, jedoch reiche dies bei weitem nicht aus, um etwa die Infrastruktur für die Netze im Rahmen der Wärmeplanung aufzubauen. Grundsätzlich sei sie um jede kritische Stimme dankbar, hinsichtlich der fehlenden Meilensteine sei sie allerdings davon überzeugt, dass ein konkreter Fahrplan aufgrund der sich schnell ändernden Verhältnisse nicht möglich ist. Vielmehr müsse man Schritt für Schritt arbeiten und das Ziel anhand der aktuellen Rahmenbedingungen überprüfen. Hinsichtlich der angesprochenen Sondersitzung schlägt sie vor, diese wenn, dann nach den Sommerferien anzusetzen und dabei neben dem Fortschrittsbericht auch den kommunalen Wärmeplan zu behandeln.

Stadtrat Dr. Meyer betont zum Klimatransformationsfond, dass sich schnell sein nicht immer lohnt. Der Klimatransformationsfond wird nicht durch Steuergelder bezahlt, sondern durch den Zertifikatehandel. Je schneller die Stadt ist, desto weniger profitiere sie aus einem Fond, indem sie vorher durch teure Investitionen eingezahlt haben.

Bürgermeisterin Kleine stellt die Frage, wo Stadtrat Dr. Meyer eine zu teure Investition aufgrund des Klimaziels sieht.

Stadtrat Dr. Meyer erläutert, dass niemand etwas gegen den Anreiz, die Marketingwirkung des Klimaziels 2035 habe. Problematisch werde es jedoch dann, wenn der kommunale Energieversorger aufgrund eines politischen Zieles an ein fixes Jahr gebunden werde. Herr Bolle hätte sich selbst schon im Donaukurier zitieren lassen, dass man nie etwas schneller machen sollte als es gesetzlich vorgegeben ist. Schneller zu sein sei aufgrund der Kostendegression immer teurer als entlang des Neutralisationspfads in Übereinstimmung mit Bund und EU. Wenn die Stadtwerke früh teure Investitionen tätigen und in einem verkürzten Zeitraum ihre Transformation umsetzen müssten, würden die Preise steigen im Nachteil für die Kunden und den städtischen Haushalt. Die Sondersitzung im Herbst könne man gerne machen, aber eigentlich wollte man sich im April bereits auf ein Einsparziel festlegen. Stadtrat Dr. Meyer ist der Meinung, man sollte sich bereits jetzt ehrlich machen und sagen, dass man sich dieses Separatziel nicht leisten könne.

Stadtrat Dr. Schuhmann erinnert daran, dass der Stadtrat vor zwei Jahren mit Mehrheit dieses Klimaziel beschlossen habe. Er zweifelt aus pädagogischer und psychologischer Sicht an einer Verschiebung des Klimaziels. Man müsse der jüngeren Bevölkerung ein Vorbild sein und nicht bei Schwierigkeiten zurücktreten, zudem sei es ein falsches Signal an die Wirtschaft. Es sei mittlerweile jedem klar, dass je länger man zögert etwas gegen Klimaschutz zu unternehmen und Gelder einzusetzen, desto teurer es in Zukunft werden wird. Stadtrat Dr. Schuhmann hält es für richtig, das Ziel bei 2035 zu lassen und in einer fachlich vorbereitenden Sondersitzung nochmal ernsthaft über die weiteren Schritte zu diskutieren.

Für Stadtrat Meier mag das Ziel 2035 zwar unbequem sein, jedoch dürften Ziele unbequem sein, sodass Druck entsteht, um das Ziel zu erreichen. Es seien bereits viele Maßnahmen initiiert worden, um diese Vorgabe einzuhalten und der fortschrittliche Klimaschutz könne durchaus auch als Standortvorteil gesehen werden. Der Klimaschutz werde sich nicht linear einstellen, sondern sich zum Ende des Ziels verstärken. Stadtrat Meier möchte das Ziel 2035 lassen, auch wenn es unter Umständen noch ein paar wenige Jahre Verzögerung geben werde.

Stadtrat Stachel betont, dass es jetzt an der Zeit wäre, die Dinge anzustoßen. Es habe keinen Nutzen, Druck auszuüben, wenn das Ziel unerreichbar ist. Er ist der Meinung, dass man Beschlüsse neu überdenken darf bzw. muss, wenn neue Kenntnisse da sind. Dies sei nicht demotivierend, sondern damit würde man zeigen, dass man sich permanent mit der Realität auseinandersetze. Die Unternehmen in Ingolstadt investieren aufgrund von eigener Überzeugung und nicht, weil die Stadt ein Klimaziel ausgesprochen haben. Es brauche nun konkrete Maßnahmen, die im Haushalt abgebildet werden.

Stadtrat Wöhlrl schließt sich seinem Vorredner an. In der Mittelfristplanung müssten die Daten von Herrn Bolle berücksichtigt werden. Nur was im Haushalt veranschlagt sei, könne umgesetzt werden. Die Diskussion über die eine Jahreszahl sei nicht zielführend.

Herr Fleckinger informiert, dass es nach dem Haushaltsrecht nicht möglich sei, abstrakte Millionenbeträge zu veranschlagen, vielmehr brauche es konkrete Beträge für konkrete Maßnahmen. Inwieweit eine Klima-Pauschale im Rahmen der flexiblen Haushaltsführung eingeplant werden könne, müsse nochmals geprüft und besprochen werden.

Bürgermeisterin Kleine äußert, dass eine Pauschale nicht der richtige Weg sei. Die Strategie sei, nicht nur den städtischen Haushalt zu belasten, sondern auch andere Akteure einzubinden, wie die Stadtwerke, die Bürgerschaft oder die Wirtschaft. Hierbei bieten die Bürgerenergiegenossenschaften beispielsweise eine hervorragende Möglichkeit. Wenn es um den städtischen Haushalt gehe, brauche es konkrete Maßnahmen und keine pauschale Klimamillion. Sie könne sich vorstellen auch die BZAs im Rahmen des Bürgerhaushalts mit einzubinden. Der Fokus liege klar auf dem Miteinander, es gehe um Angebote, nicht um Zumutungen.

Laut Stadtrat Witty gehe es vor der Finanzierung erst einmal um die technische Machbarkeit. Voraussetzung hierfür seien Aussagen von Herrn Bolle zu den Szenarien der Wärmetransformation. Letztlich sei das Entscheidende auch die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Stadtrat Köstler stellt fest, dass entscheidend ist, etwas zu tun, und die Bevölkerung zum Mitmachen zu motivieren. Eine Verschiebung des Klimaziels habe keinerlei Vorteile, im Gegenteil senke man die Motivation der Bevölkerung.

Stadtrat Stachel spricht zum Thema Motivation das Heizungsgesetz an. Dies hätte dazu geführt, dass in den letzten Jahren mehr Gasheizungen gebaut wurden als Wärmepumpen.

Wenn man weiterhin einem Ziel nachhängt, das nicht erfüllt werden kann, würde man wieder das Gegenteil ernten.

Bürgermeisterin Kleine möchte von Herrn Stachel wissen, welches Ziel und welche Maßnahmen realistisch für ihn sind, wenn das Klimaziel 2035 nicht realistisch sei.

Stadtrat Werner erklärt, dass Bürgermeisterin Kleine mehrfach betont hat, dass nicht das Ziel das entscheidende ist, sondern die Maßnahmen, die ergriffen werden. Ob das Ziel 2035 oder 2045 sei, ändert nichts an der Notwendigkeit der Maßnahmen. Es sei bereits gelungen, die Bürgerinnen und Bürger von der Notwendigkeit der klimaschützenden Maßnahmen zu überzeugen, dies sei die wesentliche Aufgabe des Stadtrates und nicht irgendeine Jahreszahl festzulegen. Entscheidend sei weiterhin Ehrgeiz zu haben und zu versuchen die Bevölkerung, wann immer es geht, mitzunehmen.

An Stadtrat Köstler gewandt erklärt Stadtrat Schäuble die Vorteile einer Verschiebung des Ziels. Man müsse versuchen, das Geld so sinnvoll wie möglich einzusetzen, um damit möglichst viel CO₂ einzusparen. Durch das Ziel 2035 müsste sich die Stadtwerke von dem vorgegebenen Transformationspfad absetzen. Damit hätte man überproportionale Kosten was nicht dazu führt, dass CO₂ eingespart wird. Es würde eher dazu führen, dass CO₂ Zertifikate auf den Markt gehen und andere, die langsamer sind, diese für einen relativ günstigen Preis erkaufen können. Deswegen erhalte man den größten Klimaschutzeffekt, wenn man sich auf dem europäischen Transformationspfad befinde. Er sei nicht gegen Klimaschutz, sondern es gehe um bestmögliche Erreichung der Ziele. Er stellt die Frage, warum in den letzten Haushalten keine umfangreichen Veranschlagungen für energetische Sanierungen zu finden waren.

Herr Fleckinger verweist auf die Vereinbarung mit dem Baureferat, dass bei Projektgenehmigungen von Sanierungsvorhaben für Hochbauten entsprechend auch Ausweisungen zu energetischen Sanierungen vorgetragen werden müssen. Zur Äußerung von Stadtrat Stachel, dass seine Fraktion den Haushalt ablehnen werde, wenn keine konkreten Klimamaßnahmen veranschlagt seien, entgegnet er, dass seit Monaten versucht werde, eine genehmigungsfähige Haushalts- und Finanzplanung aufzustellen. Man brauche allein 100 Mio. Euro, um den Verwaltungshaushalt auszugleichen. Jetzt ein mehr oder weniger geschlossenes Paket wieder aufzuschließen, sei wohl unmöglich.

Stadtrat Lipp denkt, dass die Bürger bereits genug aufgeklärt sind und man das akzeptieren und respektieren sollte, wenn die Bevölkerung eine andere Politik haben möchten. Stadtrat Lipp schlägt vor im Rahmen der Kommunalwahl einen Bürgerentscheid zur Aufhebung des Klimaziels durchzuführen. Zum Thema Gasnetzumbau und Gebäudesanierungen stimmt er Stadtrat Stachel zu, dass dies in den Haushalt aufgenommen werden solle, da sonst keine Umsetzung möglich sei.

*Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0012/25**:*

Gegen 10 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.